

## Es gilt das gesprochene Wort!

### Rede von Bundesminister für Landesverteidigung und Sport

Mag. Norbert Darabos

anlässlich der Dringlichen Anfrage der Grünen zum Assistenzeinsatz

Parlament, 20. Mai 2010

---

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Herr Abgeordneter Pilz, wenn Sie von seriöser und ernsthafter Sicherheitspolitik sprechen – ich weiß nicht, ob Sie da eine große Mehrheit in Österreich finden, die Ihnen das abnimmt. Ich könnte Ihnen viele Beispiele nennen, wo Sie sicherheitspolitisch agieren: bei der Abschaffung des Bundesheeres, die Sie schon gefordert haben, angefangen, bis zu vielen anderen Maßnahmen. Sie versuchen, dieses System auch von innen her auszuhöhlen, insofern kann Ihre Kritik nur an mir abprallen. Das sage ich Ihnen am Beginn meiner Wortmeldung ganz offen.

Jetzt zum Thema. Sie haben eigentlich mit dem ersten Satz, den Sie hier gesagt haben, schon die Antwort gegeben. Ich berufe mich auch auf § 79 der Bundesverfassung und auf § 2 des Wehrgesetzes. Genau dadurch ist der Assistenzeinsatz **verfassungsmäßig** abgesichert.

Herr Abgeordneter Pilz, sagen Sie mir bitte ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes seit 1990, das zum Ausdruck gebracht hätte, dass dieser Einsatz verfassungswidrig war! Es gibt keines – richtig! Seit 1990 gibt es keines. Damit ist dieser Einsatz **verfassungsmäßig**, und er ist vom Ministerrat abgesegnet. Ihre pausenlosen Anschüttungen in Richtung Verfassungswidrigkeit entbehren ebenfalls jeder Grundlage.

Meine Damen und Herren,

ich sehe es als meine Aufgabe, gemeinsam mit der Frau Innenministerin Fekter, die auch gemeinsam mit mir den Ministerratsvortrag eingebracht hat,

der dann in der Regierung einstimmig verabschiedet worden ist, für **mehr Sicherheit** in Österreich zu sorgen.

Es ehrt mich, dass Sie heute gegen mich einen Misstrauensantrag einbringen. Es ehrt mich wirklich, denn es beweist, dass wir für mehr Sicherheit stehen und Sie für weniger Sicherheit stehen. Auch das sollte den Menschen in Österreich bewusst sein.

Sie haben die berechtigte Frage gestellt: Wie geht die Politik mit den Ängsten der Menschen um? Die Regierung geht **verantwortungsvoll** mit den Ängsten der Menschen um. Sie nimmt die Ängste der Menschen ernst und reagiert auf diese Ängste, und deshalb haben wir auch diesem Assistenzeinsatz zugestimmt und wollen ihn auch weiterführen.

Ich sage Ihnen ganz offen, Sie sprechen mit dem Misstrauensantrag gegenüber meiner Person nicht nur mir das Misstrauen aus, Sie **sprechen damit auch gegenüber der österreichischen Bevölkerung das Misstrauen aus**, die mehrheitlich gegen Ihren Vorschlag ist – und damit **für** den Assistenzeinsatz in Burgenland und in Niederösterreich ist, und zwar mit über 80 Prozent Zustimmung. Sagen Sie mir eine politische Maßnahme in Österreich in den letzten Jahren, die eine derart qualitätsvolle und hohe Zustimmung hat wie dieser Assistenzeinsatz!

Meine Aufgabe als Politiker ist es, **mit** den Menschen Politik zu machen und **nicht gegen** die Menschen Politik zu machen.

Ich sage Ihnen noch eines; Sie haben das wahrscheinlich wohlweislich heute vermieden, weil Sie möglicherweise in sich gegangen sind und auch zur Ansicht gekommen sind, dass das ein schlechter Vergleich war: Der Vergleich mit 1934 ist aus meiner Sicht **skandalös!** Sie wissen, was 1934 vorgefallen ist: Die Demokratie wurde abgeschafft in Österreich. Und den Assistenzeinsatz mit der Abschaffung der Demokratie in Österreich zu vergleichen – von einem grünen Politiker hätte ich mir das nicht erwartet!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Assistenzeinsatz des österreichischen Bundesheeres ist seit 1990 eine Erfolgsgeschichte. Ihre Argumente, die Sie heute gebracht haben, sind nicht seriös. Sie verwechseln hier Äpfel mit Birnen. Es ist nicht die Aufgabe des

Bundesheeres, Anzeigen zu erstatten. Es ist Aufgabe des Bundesheeres, Augen und Ohren für die Polizei zu sein. Und ich sage Ihnen, wie diese Augen und Ohren für die Polizei in der Praxis arbeiten.

Wir haben seit dem Jahre 2008 2 400 Maßnahmen mit dem österreichischen Bundesheer gesetzt. Wir haben in über 1 800 Fällen die Polizei alarmiert. Wir wurden in 330 Fällen von der Polizei beigezogen. Wir haben in 63 Fällen lebensrettende Maßnahmen gesetzt. Wir haben bei über 50 Unfällen Hilfe geleistet. Wir haben 26 Brandmeldungen abgegeben. Wir haben auch Banküberfälle verhindert und dazu beigetragen, dass die Polizei Serieneinbrecher fassen konnte.

Wenn Sie meinen, das ist keine sicherheitspolitische Leistung, dann bleibt das Ihnen überlassen. Ich halte es für eine **wichtige** sicherheitspolitische Leistung in der Ostregion.

Ich möchte an dieser Stelle zum wiederholten Male klarstellen, weil Sie auch Journalisten mit dieser Information immer wieder füttern: Es ist nicht mehr die Aufgabe des österreichischen Bundesheeres, Illegale aufzugreifen. Das war die Aufgabe zwischen 1990 und 2007. Jetzt ist es eine sicherheitspolitische Assistenzmaßnahme, Augen und Ohren der Polizei zu sein – und dieser Aufgabe kommen wir, wie ich gerade ausgeführt habe, erfolgreich nach.

Wir machen das – das war die Anforderung der Innenministerin –, weil die Polizei aufgrund der zu geringen Anzahl an Polizisten in der Ostregion das nicht machen kann. Wir sind Streife und zeigen Präsenz.

Und wenn immer wieder behauptet wird, dass die Kriminalitätsrate in Burgenland ohnehin nicht hoch sei, dann sage ich, ja, die Ostregion ist sicherer geworden, **weil** es den Assistenzeinsatz gibt. Damit ist der Beweis für die präventive Wirkung dieses Assistenzeinsatzes und für die Abschreckung von Kriminellen erbracht. Und das ist doch eine **Erfolgsgeschichte** – oder würden Sie meinen, nein?

Zur Rechnungshofkritik. Der Rechnungshof ist ein ganz wichtiges Kontrollorgan. Keine Frage. Ich bin nur der Meinung, dass er in militärpolitischen und strategischen Fragen nicht die Kompetenz besitzt – und er kann keinen militärischen Einsatz prüfen. Das ist eine politische Entscheidung, zu der ich

stehe. Ich stelle mich auch der Rechnungshofkritik, aber ich weiß da die große Mehrheit der Bevölkerung hinter mir. Der Rechnungshof hat keine militärische Expertise abgegeben, sondern er hat eine wirtschaftliche Expertise abgegeben, wie er auch beim Heeresspital in Stammersdorf eine abgegeben hat, wo er gemeint hat, dieses Spital ist zu wenig ausgelastet. Da muss man sich fragen: Brauchen wir so ein Spital? Man kann über alles diskutieren. Ich bin der Meinung, wir brauchen es, für unsere Soldatinnen und Soldaten in Krisenfällen, für Katastrophenfälle, und deswegen stehen wir dazu, auch wenn der Rechnungshof das kritisiert.

Ich möchte ganz entschieden den Begriff **Wahlkampfhilfe** zurückweisen. Diese Unterstellung ist völlig an den Haaren herbeigezogen! Die Frau Innenministerin hat mit mir gemeinsam diesen Antrag im Ministerrat eingebracht, und in Niederösterreich ist dieser Einsatz genauso erfolgreich wie im Burgenland. Ich darf an dieser Stelle die „Niederösterreichischen Nachrichten“ vom April dieses Jahres zitieren:

Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass ihr der Staat zur Seite steht, wenn es darum geht, die Sicherheit zu gewährleisten, betonte Landeshauptmann Erwin Pröll die Wichtigkeit des Assistenzeinsatzes des Bundesheeres an der Grenze. – So weit der bekennende „rote“ Erwin Pröll.

Dieser Assistenzeinsatz ist keine Wahlkampfhilfe für die SPÖ, sondern ein Instrument der Republik Österreich. Die von Ihrer Seite immer wieder behauptete Verfassungswidrigkeit habe ich schon angesprochen, die kann ich nirgends erkennen.

Ich möchte einen weiteren Aspekt einbringen. Wenn Sie heute die „Kronen Zeitung“ gelesen haben, werden Sie sicherlich den Kommentar von Kurt Seinitz gelesen haben, der ungarische Politiker zitiert, die über den Einsatz des österreichischen Bundesheeres vor der Grenze Ungarns, wo man immer gesagt hat, es ist ein Problem, wenn wir vor der Grenze Ungarns tätig sind, sagen – ich zitiere –:

„Eine solche Idee hätte uns in Ungarn viel früher einfallen sollen. Dann hätten wir uns ein großes Problem erspart.“

Und weiter heißt es dann: „Das Problem hat einen Namen: ‚Magyar Gárda‘. Sie entstand durch das Schutzbedürfnis der Menschen besonders in ländlichen Gebieten, die aus den bekannten Gründen um ihre Sicherheit bangen. Und aus anfänglichen Selbstschutzgruppen hat sich ein faschistoides Monster entwickelt, eine in Europa einzigartige, uniformierte Partei-Armee.“

Ich denke, Sie wollen das auch nicht, Herr Abgeordneter Pilz.

Dies hätte vermieden werden können, so Seinitz weiter, wenn die frühere ungarische „Regierung nicht die Sorgen der Menschen ignoriert“ und zur Kenntnis genommen hätte, „dass es einen Unterschied gibt zwischen einer möglicherweise gar nicht existierenden Sicherheitsbedrohung und einem empfundenen „Unsicherheitsgefühl“. Und heute heißt es in Budapest selbstkritisch: „Die Politik muss sich danach richten, was die Menschen fühlen, und nicht, was Statistiken aussagen. Man darf Extremisten nicht die Möglichkeit bieten, sich als Schutzmacht aufzuspielen.“

Ich glaube, das sagt eigentlich alles.

Zusammenfassend möchte ich festhalten: Ich bekenne mich zum Assistenzeinsatz des österreichischen Bundesheeres. Die Soldatinnen und Soldaten des österreichischen Bundesheeres sorgen mit ihrem Einsatz für mehr **objektive** und **subjektive** Sicherheit. Sie dienen nicht nur als Abschreckung gegen Verbrecher, sondern verhindern auch zahlreich aktiv Verbrechen.

Politik ist dazu da, Maßnahmen **für** und **nicht gegen** die Bevölkerung zu setzen. Und Sie von den Grünen sorgen für Verunsicherung in der Bevölkerung. **Mein Anliegen** ist es, den Menschen Sicherheit zu geben und für Sicherheit zu sorgen.

Im Übrigen möchte ich Ihnen sagen, dass dieser Assistenzeinsatz 0,5 Prozent des österreichischen Bundesheerbudgets ausmacht.